

Obmänner-Konferenz.

Direktor befürchtet eine besondere Zunahme der Obdachlosigkeit nicht; die Leute werden keinen Zins zahlen und die Delogierungen werden nicht durchführbar sein.

Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller fragt an, wie die Familien der aus Galizien stammenden Juden, die rituell getraut sind, bezüglich der Unterstützungen behandelt werden.

Der Bürgermeister erklärt, daß diese Ehen nach der geltenden Rechtsanschauung als ungesetzlich angesehen werden und daher ein Unterstützungsanspruch nicht besteht.

Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller streift hierauf die Frage der Säuglingsfürsorge, worauf der Bürgermeister erwidert, dies sei Sache des Vereines für „Säuglingschutz“; man könne ja die Subvention für diesen Verein eventuell erhöhen. Er werde übrigens in dieser Angelegenheit Informationen einholen.

Gem.-Rat Winarsky meint, der Bürgermeister möge eine raschere Erledigung der Gesuche um Unterstützungen bei der Statthalterei bewirken. Aus den Arbeiterbezirken würde Klage geführt über die langsame Erledigung.

Der Bürgermeister verspricht, in dieser Angelegenheit Abhilfe zu schaffen.

Gem.-Rat Winarsky stellt das Ersuchen, es möge eine Instruktion über den Verkehr mit den Gesuchstellern hinausgegeben werden, denn auch in dieser Beziehung sei Klage geführt worden.

Gem.-Rat Winarsky meint bezüglich der Ansuchen von ungarischen Staatsbürgern, daß unter diesen vielen Familien seien, die von frühester Jugend in Wien leben, die nicht imstande waren, das Heimatrecht zu erwerben und die in Ungarn ihre Staatsbürgerschaft verloren haben. Es wäre gut, wenn ein Stichtag festgesetzt würde. Es müsse eine Frist bestimmt werden, die zeige, daß der Betreffende nicht bloß der Unterstützung wegen nach Wien gekommen sei, zum Beispiel einen Monat vor der Kriegserklärung; er schlage den 1. Juli 1914 vor.

Der Bürgermeister stellt sohin fest, daß nur jener, welcher schon vor diesem Tage in Wien war, den Anspruch haben soll.

Die Konferenz nimmt diesen Vorschlag einstimmig an.

Mit dem Vorschlage, daß die aus den feindlichen Staaten nach Wien gekommenen Österreicher in ihre Heimatsgemeinde befördert werden, erklärt sich Gem.-Rat Winarsky einverstanden; dagegen könne er der vom Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller proponierten Abschiebung von Arbeitslosen nicht beipflichten.

Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller erklärt, er spreche sich nicht für die Abschiebung von momentan arbeitslosen Arbeitern aus, sondern für die Abschiebung solcher Personen, die für die Bevölkerung geradezu gefährlich sind, die in den Strafregistern der Polizei geführt werden, wie zum Beispiel die sogenannten Kennschlieferl, Zuhälter, ungarische Taschendiebe etc.

Gem.-Rat Winarsky meint, daß in den einzelnen Bezirks- und Damen-Komitees nicht nach einem einheitlichen Arbeitsplan vorgegangen werde, es wäre gut, eine Zentralinstruktion an diese Komitees hinauszugeben; auch sei an die sozialdemokratische Frauenorganisation keine Aufforderung zum Beitritt gekommen. Nur einmal sei eine telephonische Anfrage gekommen.

Der Bürgermeister erklärt hierauf, daß die Aufgaben des Komitees genau angegeben seien, die wichtigste Aufgabe des Komitees sei allerdings die Sammeltätigkeit.

Er habe übrigens bereits eine Instruktion in der Form eines „Bademeckums“ zusammenstellen lassen, das alle einschlägigen Gesetze, Verordnungen etc. enthalte. Er werde nächster Tage die Obmänner des Komitees abermals einberufen und ihnen bezüglich ihrer Tätigkeit präzise Weisungen geben.

Der Bürgermeister bringt hierauf ein Programm zur Behebung der Arbeitslosigkeit zur Kenntnis.

Der größte Teil dieser Arbeiten sei bereits genehmigt, es handle sich nur um die Fortsetzung, beziehungsweise um die sofortige Inangriffnahme genehmigter und präliminarmäßig bedeckter Arbeiten; in erster Linie werde auf solche Arbeiten Rücksicht genommen, zu deren Ausführung keine qualifizierten Arbeiter notwendig sind und keine Projekte, wie zum Beispiel Planierungen. Mit Rücksicht auf den Mangel an Wagenmaterial wird die Frage der Verwendung von Feldbahnen studiert; es könnten zum Beispiel mit dem Aushub der Wagemann'schen Gründe die Gründe des Kontumazmarktes planiert werden.

Am Fldhersteig könne der Aushub mit Schiebkarren durchgeführt werden. Auch seien in einigen Fällen vorerst noch Verhandlungen mit den Grundbesitzern notwendig. Ebenso seien Verhandlungen bezüglich der Niveausherstellung bei der Czartorski-Realität erforderlich.

Die Herstellung der Straße XIII in Grinzing könne erst nach der Weinlese erfolgen.

Der Bürgermeister erklärt, er wolle auch an die Regierung herantreten wegen Regulierung des Liesingbaches. Weiters erklärt derselbe, er werde zuerst eine Vergebung der Arbeiten versuchen, jedoch mit kurzem Offertermin, zum Beispiel achttägig. Wenn dies nicht möglich wäre, so würden die Arbeiten in eigener Regie durchgeführt werden.

Die Konferenz erklärt sich mit diesem Vorschlage einstimmig einverstanden.

Der Bürgermeister bemerkt ferner, es habe sich ein Unternehmer gefunden, der den Bau der Schule in der Borgartenstraße um den Betrag von 900.000 K durchführen wolle; könne dieser jedoch seinen Versprechungen nicht nachkommen, so werde die Gemeinde eventuell selbst den Bau weiterführen.

Hierauf verliest der Magistrats-Direktor ein Verzeichnis der in Aussicht genommenen Lieferungsvergebungen.

Der Bürgermeister erklärt, daß der Betrag für diese Notstandsaktion zur Behebung der Arbeitslosigkeit rund 30 Millionen ausmache. Die vorhandene Geldreserve reiche jedoch nicht aus. Die Realisierung aller dieser Pläne hänge davon ab, ob er das notwendige Geld hiezu bekomme.

In dieser Richtung habe er mit den maßgebenden Faktoren (Österr.-ung. Bank und Postsparkassa) bereits Verhandlungen eingeleitet und hoffe er, in den nächsten Tagen bereits ein positives Resultat zu erzielen.

Gem.-Rat Neumann erklärt, er nehme dankbar zur Kenntnis, was von Seite des Herrn Bürgermeisters alles zur Schaffung von Arbeit getan wurde. Auch die vom Herrn Bürgermeister eingeleitete Aktion bezüglich der Geldbeschaffung nehme er dankbar zur Kenntnis. Derselbe teilt weiters mit, daß die Regierung plane,